

23.08.1990 – vor 25 Jahren legt die Volkskammer der DDR den Beitritt zur BRD für den 03. Oktober 1990 fest

30.08. – Gedenken an die Todesopfer in Abschiebehaft

31.08.1990 – vor 25 Jahren wird der Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD unterzeichnet

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

8. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

11. August 2015

Migration und Asyl – wir brauchen eine andere Problemwahrnehmung

Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen zu asyl- und migrationspolitischen Themen erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Henriette Quade:

„Heute tagte erneut der so genannte Asylgipfel der Landesregierung. Dazu bleibt folgendes zu bemerken:

Es gibt in Sachsen-Anhalt viel Bewegung in der Integrationsarbeit. Neue Projekte sind entstanden, bestehende vernetzen sich und werden mehr Menschen zugänglich. Das ist gut und das muss unterstützt werden. Allerdings ist das wohl kaum Ergebnis des ersten Asylgipfels, vielmehr ist es das ständige Ausgleichen der Defizite, die staatliche Integrations- und Asylpolitik lassen. Dass es mehr Sprachangebote für Asylbewerber gibt, hat vor allem etwas mit dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen zu tun und erst dann etwas damit, dass nun endlich auch mehr Mittel für Integrationsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Es ist gut, dass mit dem Nachtragshaushalt mehr Geld für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und für die Integration eingestellt wird. Das entspricht eher der Realität, und es gleicht die im Haushalt trotz anderer vorliegender Anträge der Opposition

das von der Landesregierung bisher als nicht nötig und teilweise auch nicht möglich betrachtet wurde, bleibt

**EINWANDERER
UND FLÜCHTLINGE
ÜBERFORDERN
DEN SOZIALSTAAT!**

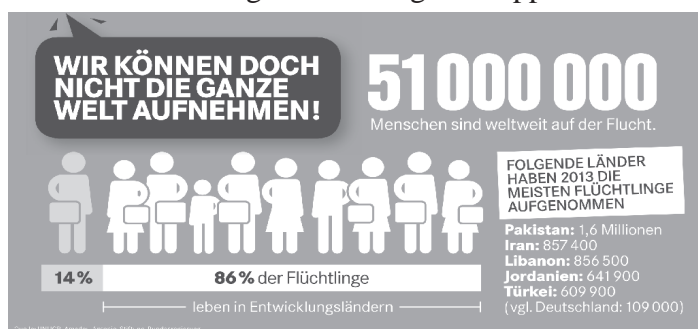
Nein, der Sozialstaat profitiert: Menschen ohne deutschen Pass zahlen mehr in die Sozialkassen ein, als sie an Leistungen erhalten. Allein 2012 betrug der Gewinn

+22.000.000.000 EUR

eine Ankündigung. Das bedarf einer anderen gesetzgeberischen Herangehensweise, vor allem aber des politischen Willens zur dezentralen Unterbringung als Regelunterbringung und zur Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten, der auf Teilhabe statt auf Ausschluss zielt.

Mit Blick auf Migrations- und Integrationspolitik und die Bedürfnisse von Asylsuchenden und Flüchtlingen braucht es aber zunächst hauptsächlich eines: Wir

müssen in Sachsen-Anhalt endlich davon wegkommen, Migration und die Zuwanderung von Asylbewerbern immer zuerst als Problem zu beschreiben. Niemand soll und darf gezwungen sein, seine Heimat zu verlassen, aber grundsätzlich sollten wir uns vergegenwärtigen: Migration und das Zu- und Abwandern von Menschen ist - zumal in einer globalisierten Welt - völlig normal und legitim. Es ist zudem mehr als absurd, einerseits



deutlich zu gering angesetzten Mitteln zumindest weitgehend an. Das dringend notwendige Anliegen von Qualitätskriterien und verbindlichen Mindeststandards,

(erfolglos) um Fachkräftezuwanderung zu kämpfen, andererseits aber den Menschen, die hier sind und

Fortsetzung auf Seite -2-

Migration und Asyl...

die hier bleiben wollen, nicht die Chancen zu geben, die sie brauchen, um sich hier eine Perspektive zu schaffen. Dazu gehört neben der dezentralen Unterbringung insbesondere die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, psychosozial und gesundheitlich versorgt zu werden wie jeder andere auch und den eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Das erfordert ein Neudenken in vielen Bereichen,

Fortsetzung von Seite -1-

zuerst heißt es aber, Denken über Asylsuchende und deren Situation von Schranken zu befreien. Zuwanderung und Asylpolitik müssen endlich als Zusammenhang und unter Einbeziehung der Perspektive der Betroffenen gedacht werden. Das wäre ein Gewinn für Menschen, die als Geflüchtete hier leben, es wäre ein Gewinn für die Gesellschaft und für Sachsen-Anhalt.“

Büros der Linken angegriffen

Das Wochenende 17.-19. Juli war geprägt von mutmaßlich rechtsextremen Anschlägen und Übergriffen.

Die Abgeordnetenbüros von Angelika Hunger (MdL) und Matthias Höhn (MdL) und Regionalgeschäftsstelle der Linken in Merseburg waren ebenso Zielscheibe von Steinwurfattacken wie das Abgeordnetenbüro von Sebastian Striegel (MdL, Grüne).

Zerbrochene Scheiben gab es auch in Bernburg, wo ebenfalls die Abgeordnetenbüros der Landesvorsitzenden der Linken Birke Bull (MdL) und Jan Korte (MdB) mit Wurfgeschossen attackiert wurden.

Während in all diesen Fällen die Angreifer den Schutz der Dunkelheit suchten und zum Glück nur Sachschaden entstand, verletzte jugendliche Angreifer bei einer ausländerfeindlichen Attacke auf Helfer des DRK in Halberstadt am hellerlichten Tag eine Person. Diese Ereignisse und viele weitere aus den vergangenen Wochen zeigen uns mehr denn je, wie gefährlich fremdenfeindliches und rechtsextremes Gedankengut



sind. Deshalb werden wir uns von diesen Übergriffen weder einschüchtern lassen noch in unseren Anstrengungen zur Schaffung einer Willkommenskultur, zum Schutz von Flüchtlingen und Asylbewerbern und zur Integration nachlassen.

Wir machen weiter!

DIE LINKE Saalekreis

Korrekturkasten:

In der Beilage des letzten Linken Blattes für Halle (Saale) „Kandidaturen für die Landtagswahl zur Gesamtmitgliederversammlung am 05. September 2015“ fehlt im WK 35 der Stadtteil Nietleben. Korrekt muss es also heißen:

* Wahlkreis 35 (Halle I) mit den Stadtteilen Halle-Neustadt, Dölau, Heide-Nord / Blumenau, Lettin und Nietleben

Wir bitten das Versehen zu entschuldigen. Die Redaktion.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
06.08.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03.09.2015

Pia und Dirk - Die Jugendkandidat*innen stellen sich vor

Die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt beschäftigt sich sehr intensiv mit dem anstehenden Wahlkampf bzw. der anstehenden Wahl. Es ist uns ein Anliegen, uns konstruktiv einzubringen. Einerseits ganz praktisch, indem wir die Partei natürlich beim Wahlkampf vor Ort unterstützen werden, andererseits auch inhaltlich und personell. Gerade jungen Menschen muss DIE LINKE ein Angebot machen: Einerseits ein personelles Angebot, damit sie sich vertreten fühlen, damit sie wissen, dass sich auch junge Menschen erfolgreich in politische Prozesse einbringen können. Andererseits ein inhaltliches Angebot, also eine Vision, die die Frage beantwortet, in was für einer Gesellschaft wir in 20 oder 30 Jahren einmal leben wollen. Deshalb hat sich die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt entschieden, euch, also der Partei DIE LINKE, mit Pia Schillinger und Dirk Gernhardt zwei Jugendkandidat*innen vorzuschlagen, von denen wir glauben, dass sie nicht nur den Wahlkampf, sondern auch die zukünftige Landtagsfraktion bereichern können. Damit ihr wisst, wen wir euch vorschlagen (und wen ihr dann hoffentlich auch auf der Landesvertreter*innenversammlung im November wählt) wollen sie sich euch hier kurz vorstellen:

Liebe Genoss*innen, ich bin Dirk Gernhardt, 30 Jahre alt und seit über sechs Jahren Mitglied der Partei und des Jugendverbandes. Ich lebe in Halle und arbeite als Wahlkreismitarbeiter für Petra Sitte. 2010 habe ich hier die Linksjugend mitgegründet und bin seitdem aktiv, im Landesverband bin ich seit drei Jahren im Landessprecher*innenrat. In der Partei bin ich im Stadtvorstand, einer der Sprecher*innen des Ortsverband Halle-Mitte und Sachkundiger Einwohner im Stadtrat.

Auch die landesweiten Touren für den Jugendverband in den letzten Jahren und die teilweise katastrophalen Erfahrungen dabei haben mich bewogen, die Verkehrspolitik zu einem Schwerpunkt meiner Kandidatur zu machen. Dabei möchte ich mich besonders für den fahrscheinlosen ÖPNV und Internetzugang in Bus und Bahn einsetzen. Für Sachsen-Anhalt wäre das ein attraktives Alleinstellungsmerkmal, das aber nur zusammen mit einem besser ausgebauten ÖPNV funktioniert, der kleine Orte nicht abhängt und Mobilität sichert. Gerade aus der Perspektive junger Menschen - aber natürlich nicht nur aus ihr - ist das ein wichtiges

Anliegen. Junge Menschen brauchen die Möglichkeit, ihr Leben frei und selbstbestimmt zu gestalten. Für mich gehört deshalb dazu auch die finanzielle Ausstattung selbstverwalteter Jugendclubs - gerade im ländlichen Raum - und von Vereinen, für die ich mich einsetzen will.

Liebe Genoss*innen, ich bin Pia Schillinger, fast 20 Jahre alt. Seit den Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 bin ich Mitglied des Stadtrates meiner Heimatstadt Landsberg und Mitglied des Ortschaftsrates Queis. Entsprechend nahe gehen mir auch die Sorgen und Nöte der Kommunen, die leider allzuoft mit der Ignoranz der bisherigen Landesregierung zu kämpfen haben - und das nicht nur in Fragen der Finanzen. Einen weiteren Schwerpunkt meiner Kandidatur sehe ich in der Bildungspolitik. Als frischgebackene Abiturientin habe ich die Unwesen des sachsen-anhaltinischen und allgemeines Deutschen Bildungssystems noch bis vor kurzem am eigenen Leib durchlebt. Die Schule ist kein geschützter Ort des Lernens und Erwachsenwerdens mehr, sondern eine auf das für die



Wirtschaft Nötigste zusammengesparte Produktionsstätte für Humankapital.

Das muss sich ändern: Nicht für die Arbeit, sondern für das Leben lernen wir!

Bis vor kurzem war ich Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN Saalekreis, mittlerweile bin ich Mitglied der Landesschiedskommission der LINKEN Sachsen-Anhalt und des Landessprecher*innenrates der Linksjugend [‘solid]. Außerdem war ich an der Gründung des Jugendverbandes im Saalekreis im Dezember 2014 beteiligt.

Freilich passt die gesamte Breite der Landespolitik,

mit der sich auch Pia und Dirk intensiv beschäftigt haben, nicht in diesen Text. Der Jugendverband hat sich aber „politische Grundlagen“ gegeben, also einen Katalog an Forderungen und Vorschlägen, mit denen sich auch Pia und Dirk in die politische Diskussion, sowohl im Wahlkampf als auch im Landtag, einbringen wollen. Diese findet ihr unter www.linksjugend-lsa.de !!!! Darüber hinaus wollen wir natürlich gerne mit euch ins Gespräch kommen. Wenn ihr mit uns in Kontakt treten wollt, könnt ihr uns über kontakt@linksjugend-lsa.de erreichen.

Der Landessprecher*innenrat der Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt

Billig bedeutet nicht Sozialkompetenz!

Auf der Homepage des Stadtverbandes der CDU in Landsberg wird gegen drei Kreistagsabgeordnete der Partei DIE LINKE Stimmung gemacht.

Warum? Die Abfallentsorgung im Saalekreis wird im nördlichen Teil vom privaten Entsorger Tönsmeier und im südlichen Teil von der MEG und EGQ, welche beide letzteren zu hundert Prozent kommunal betrieben werden, vorgenommen. Das soll sich im Sinne einer Vereinheitlichung ab dem Jahr 2017 ändern.

In der Kreistagssitzung am 08. Juli 2015 wurde nun über die Abfallentsorgung beraten und mit großer Mehrheit in namentlicher Abstimmung für eine Abfallentsorgung in Eigenregie des Landkreises votiert. Sieht man von der STATT-Partei einmal ab, entschied sich die Mehrheit aller Fraktionen des Kreistages für das kommunale Modell.

Herr Alfons-Josef Wolff von der CDU in Landsberg zog die Privatisierung und damit die Abwicklung von MEG und EGQ vor. Er glaubt tatsächlich, damit im Sinne der Bürger zu handeln, da nach seiner Auffassung der billigste Entsorger der bürgerfreundlichste ist. Der Verlust des Arbeitsplatzes der rund 130 Mitarbeiter vom MEG und EGQ ist für Herrn Wolff durchaus hinnehmbar. „Sozialkompetenz sieht anders aus, Herr Wolff!“ so die Kreistagsmitglieder der Partei DIE LINKE aus Landsberg.

Auch wenn die Firma Tönsmeier durchaus keine schlechte Arbeit geleistet hat, stünde im Übrigen bei einer europaweiten Neuausschreibung noch nicht einmal fest, ob dieses Unternehmen den Zuschlag erhalten würde und welche Gebühren dann tatsächlich auf die Bevölkerung zukämen.

Aber die von den Gegnern einer Privatisierung vorge-

brachten Argumente zählen offensichtlich für Herrn Wolff und die CDU Landsberg nicht. Woher nimmt Herr Wolff sich das Recht heraus, als Sprecher der Gebühren zahlenden Bürger aufzutreten?

Als eine der beiden Sprecher im Bündnis gegen die neue Gebührenordnung des WAZV leistet die Kreistagsfraktionsvorsitzende der LINKEN, Kerstin Eisenreich, eine gute Arbeit. Sie tut es nicht aus Populismus, sondern aus Überzeugung. Nicht allein die Erhöhung der Gebühren ist das Problem, sondern die soziale Ausgestaltung der Gebührenordnung. Und genau aus diesem Grund sind die Worte des Herrn Wolff fehl am Platze.

Was seitens der CDU-Fraktion unter dem Deckmantel der Aufklärung der Vorwürfe gegen den Bürgermeister der Stadt Landsberg, Herrn Heinrich, betrieben wird, zeugt nicht davon, vorhandene Gräben beseitigen zu wollen, sondern diese zu vertiefen. Dem Stadtratsvorsitzenden Dr. Jurik Müller keine gute Figur vorzuwerfen, zeugt von Scheinheiligkeit.

Herr Wolff betreibt Populismus und Heuchelei auf hohem Niveau.

Es ist spürbar, dass der Landtagswahlkampf seine Schatten vorauswirft. Im Wissen darum, dass es entweder eine CDU-geführte oder eine von der LINKEN geführte Landesregierung geben wird, glaubt nun die CDU, indem sie versucht, mit Angriffen gegen die Kreistagsfraktionsvorsitzende Kerstin Eisenreich und die Kreistagsmitglieder László Müller und Dr. Jurik Müller auf nervöse und fieberhafte Weise zu hetzen, DIE LINKE generell in Misskredit zu bringen.

DIE LINKE. Landsberg

**Vortrag und Diskussion
mit Prof. Dr. Gesine Schwan
Innengesellschaftlicher Frieden - Was können wir aus der Vergangenheit lernen?**

**Dienstag, 1. September 2015, 17:00 Uhr
Marktkirche Halle**

Zum Weltfriedenstag machen wir das Miteinander innerhalb unserer Gesellschaft zum Thema: Wie kann gutes Zusammenleben gelingen? Und das in Zeiten.....in denen so viele Menschen auf der Flucht sind, wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. ... von unterschwelliger bis gewalttätiger Ablehnung der Menschen, die in Deutschland und Halle Schutz oder ein besseres Leben suchen....in denen viele Engagierte Hilfe für Geflüchtete leisten und sich für ein vielfältiges Zusammenleben einsetzen.

Wie kann gutes Zusammenleben gelingen?
Und was können wir dazu aus der Vergangenheit lernen?

Darüber möchten wir diskutieren. Allgemein und konkret für die lokale Situation. Und wir möchten Engagierten für ein gelingendes Zusammenleben Raum geben, ihre Arbeit vorzustellen.

Außerdem wird im Rahmen der Veranstaltung eine Ausstellung über die Situation minderjähriger Geflüchteter zu sehen sein.

**Luxemburg – Liebknecht – Gedenken
Januar 2016**

Liebe Genossinnen und Genossen,
um festzustellen, ob es sich lohnt, wieder einen Bus für die Fahrt nach Berlin zum Luxemburg - Liebknecht – Gedenken zu organisieren, möchten wir alle Interessierten bitten, sich bis zum 30.08.2015 in der Geschäftsstelle im Linken Laden, Leitergasse 4, telefonisch unter der 0345 202 55 90 oder per E-Mail an linkesblatt@dielinke-halle.de zu melden.

**Mitgliederversammlung zur
Aufstellung der Wahlkreisbewerber im
Wahlkreis 33 Saalekreis**

Termin: 29.08.2015

Uhrzeit: 10:00 Uhr

Ort: Volkssolidarität Senior / Juniortreff, Herrmann-Duncker-Straße 10a, 06179 Teutschenthal

**Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE. im
Stadtrat Halle (Saale)**

**Mobilität der Zukunft
Fahrscheinfrei, bezahlbar, für alle.**

Dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kommt für die Lebensqualität, besonders in einer Stadt wie Halle, für den Klimaschutz und für die Mobilität von Menschen ohne eigenes Auto eine entscheidende Bedeutung zu. Der ÖPNV ist ein unverzichtbarer Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge und um individuellen Mobilitätsansprüchen gerecht zu werden.

Eine ausreichende Finanzierung des ÖPNV für einen attraktiven Betrieb und eine leistungsstarke Infrastruktur ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Um es am Beispiel Halle zu verdeutlichen: 755 Mitarbeiter der Halleschen Verkehrsbetriebe (HAVAG) sorgten im vergangenen Jahr dafür, dass 51,8 Millionen Menschen auf einer Gesamtstreckenlänge von 87,6 Kilometern befördert wurden. Dieses Angebot muss erhalten und in seiner Attraktivität weiter ausgebaut werden. Was den ÖPNV attraktiv gestaltet, entscheiden Sie als Fahrgäste. Darüber wollen wir mit Ihnen im Rahmen unserer Veranstaltung „Mobilität der Zukunft“ ins Gespräch kommen und laden Sie herzlich ein.

**Montag, 14. September 2015
19:00 Uhr, Steintor Varieté
Am Steintor 10, 06112 Halle/Saale**



**PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
28. August 2015**

Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis. Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr



Luc Jochimsen, die unbequeme Journalistin, Panorama-Moderatorin, HR-Chefin und Kulturpolitikerin, zieht die Bilanz eines ganz und gar ungewöhnlichen Lebens.

Sie war überall die erste Frau: als Fernsehjournalistin, in der Panorama-Redaktion, in der Chefredaktion des Hessischen Rundfunks. In der Nachkriegsmännerwelt des Journalismus setzte sie sich mit ihrer unbequemen linken Haltung, die immer die Schwachen der Gesellschaft stützte, durch und wurde zu einer der bekanntesten Journalistinnen Deutschlands. Von 2005 bis 2013 saß sie für die Linkspartei/PDS im Deutschen Bundestag und machte auch dort mit streitbaren Aktionen von sich reden. Ihre Autobiographie schildert den Weg einer unangepassten Frau, die ihren Traum von einem gerechten und guten Leben für alle stets verteidigte.

Buchlesung mit der Autorin Luc Jochimson

**im beletage Halle, (ehemals comcenter)
06110 Halle (Saale), Willy-Brand-Str. 73**

am Montag, dem 14.09.2015, 18 Uhr



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SACHSEN-ANHALT**

Wie hältst du es mit Regierungsbeteiligungen?

Eine Diskussionsveranstaltung der Partei die LINKE
Halle zum Thema Regierungsbeteiligungen

Datum: Donnerstag, den 3. September 2015
Beginn: 19 Uhr im Linken Laden

ReferentInnen

Stefan Bornost (Die LINKE Berlin, Marx21)

Luise Neuhaus-Wartenberg (Bundessprecherin fds)



DIE LINKE.

Halle Ortsverband Mitte

Befristung und Leiharbeit stoppen: Das muss drin sein!

Sommer, Sonne, Urlaubszeit?

Für viele Lehrerinnen und Lehrer beginnt der Start in den Sommer trostlos mit dem Gang zur Arbeitsagentur. Viele Schulen stellen Lehrer in 10-Monats-Verträgen ein und entlassen sie über die Sommerferien. Berufseinsteiger trifft es noch härter, da sie oftmals nicht lange genug beschäftigt waren, um Arbeitslosengeld II zu erhalten. Sie landen bei Hartz IV. Im August 2014 stieg die Zahl arbeitslos gemeldeter Lehrer sprunghaft von 6.104 auf 11.144 an – um im September wieder auf 6.045 zu sinken, wie eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergab.

Doch Lehrer sind nicht die einzige Berufsgruppe, die mit Befristungen und skandalösen Beschäftigungspraxen zu kämpfen haben. Fast jede zweite Neueinstellung wird mittlerweile befristet eingestellt, bei den Frauen sind es sogar noch mehr.

In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil befristeter Stellen verdreifacht.

Die am stärksten von Befristung betroffenen Berufsgruppen finden sich im Gesundheits- und Sozialwesen, in der öffentlichen Verwaltung und im Erziehungsbereich. Doch auch der Einzelhandel, das Bau- und Gastgewerbe sind stark betroffen. So unterschiedlich die Lebensrealitäten von Kellnern, Kita-Erzieherinnen, Krankenpflegerinnen, Metallarbeitern, Bauarbeiterinnen und Verkäufern auch sind – ihre Berufsaussichten und die damit verbundenen Probleme sind ähnlich. Wer sich immer von Vertrag zu Vertrag hangelt, muss Abstriche bei der Lebensplanung machen: Eine Familie gründen, auf längere Sicht planen, sich einen Urlaub gönnen: Fehlanzeige. Unsicherheit, Zukunftsängste und häufig auch Geldnöte prägen den Alltag.

Befristete Arbeitsverträge sind nicht einfach ein Einstieg in unbefristete Beschäftigung, wie eine verlängerte (illegale) Probezeit: Gerade mal jeder dritte befristete Vertrag wird in einen unbefristeten umgewandelt. Viele warten jahrelang in einer Warteschleife aus Kettenbefristungen. Fälle wie der der Grundschullehrerin Marie Luise J. sind keine Seltenheit: Ganze 14 Mal hatte sie vom Land Hessen einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Beim Arbeitsgericht klagte sie daraufhin erfolgreich auf Festanstellung. 2012 wurden im Erziehungsbereich 76% Neueingestellte befristet und nur 18% davon übernommen. In der öffentlichen Verwaltung waren es bei 60% befr-

steten Neueinstellungen 28% übernommene.

Besonders Berufseinsteiger haben mit „prekären“, also unsicheren Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Ein besonders geschicktes Instrument, Löhne zu sparen und den Kündigungsschutz zu umgehen, ist der Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. Leiharbeiter verdienen gerade mal halb so viel wie Beschäftigte mit regulären Vollzeitstellen (DGB-Studie). Viele müssen ergänzende Sozialleistungen beantragen, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Noch weniger verdienen Beschäftigte mit Werkverträgen: Für sie gelten viele gesetzliche Vorschriften und Tarifvereinbarungen gar nicht und sie sind deshalb



in hohem Maße erpressbar. Viele brauchen zwei oder mehr Jobs, um überhaupt die Miete zahlen zu können – das Resultat ist Erschöpfung, Überarbeitung, (psychischer) Stress.

Doch es lohnt sich, dagegen Druck zu machen.

Mit einer bundesweiten Aktionswoche im September will DIE LINKE im Rahmen ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ Befristungen und Leiharbeit den Kampf ansagen – gemeinsam mit allen, die sich engagieren wollen. In einem reichen Land wie Deutschland muss eine planbare, sichere Zukunft selbstverständlich sein. Dazu gibt es eine Unterschriftensammlung gegen Befristung und Leiharbeit.

Dass sich kämpfen lohnt, zeigt das Beispiel Mindestlohn: nachdem LINKE und Gewerkschaften das Thema jahrelang immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben, wurde es 2013 endlich Teil des Koalitionsvertrages.

Das zeigt: Druck von unten wirkt!

Leiharbeit und Befristung muss der Kampf angesagt werden. Sie sind herzlich eingeladen: machen Sie mit, machen Sie Druck. Damit selbstverständliches wieder selbstverständlich wird.

Das muss drin sein!

Zur Einstimmung zu den bevorstehenden Wahlen

Im März des nächsten Jahres steht die Landtagswahl an. Bis dahin haben wir viel zu tun. Wir müssen nicht nur für Stimmung bei uns sorgen, sondern insbesondere unter den Menschen in Sachsen-Anhalt.

„Der Beginn eines Wahlkampfes muss darin fundiert sein, auf die Menschen zu schauen, die wir erreichen wollen“, sagte Wulf Gallert und Recht hat er damit. Die Menschen interessieren sich häufig nicht mehr für die Landespolitik. Wir, die Linke, wollen nicht einfach nur von den Menschen gewählt werden, das mag für eine CDU oder eine SPD funktionieren, doch wir wollen für die Menschen Politik betreiben und zwar mit ihnen zusammen. Wie Wulf Gallert schon sagte, müssen wir die Menschen mitnehmen und sie ihre Anliegen artikulieren lassen.

Ein geeignetes Werkzeug wird zum Beispiel die Kampagne „Das muss drin sein.“ sein – merkwürdiger Satz.

Eine der größten Schwierigkeiten ist den Menschen klar zu machen, dass es die Wählerin/der Wähler ist, welche/welcher das Mandat zur Regierung erteilt und eben nicht der Nichtwähler. Doch wie ich bereits in der Februar-Ausgabe schrieb, besteht ein enormes Problem im mangelnden Vertrauen der Menschen in die Politik, da diese sich häufig nicht mehr vertreten fühlen. Hier ist es an uns den Menschen zu zeigen, dass es der Linken Ernst ist, das Land im Sinne der Menschen zu regieren. „Wirkliche Glaubwürdigkeit fängt da an, wo wir entscheiden welche Wahlversprechen wir machen“, sagte Wulf Gallert. „Wenn wir Dinge versprechen, die die Rahmenbedingungen des Landes nicht hergeben, verlieren wir noch vor der Wahl unsere Glaubwürdigkeit.“

Vereinzelt gab es Diskussionen, ob die Linke Sachsen-Anhalt in die Regierung gehen soll, oder ob es nicht besser wäre, in der Opposition zu bleiben. Obwohl Swen Knöchel diese Frage bereits schon hinreichend beantwortet hat (Linkes Blatt, Juli Ausgabe, Seite 8 mit Bezug auf den Artikel auf Seite 10) möchte ich mich auch noch einmal dazu äußern.

Diese Diskussion ist mit Blick darauf, dass wir zeigen wollen, dass wir es mit der Regierung ernst meinen, nicht sehr hilfreich, da es ein falsches Signal aussenden könnte.

Dass es gewisse Haltelinien geben muss ist, denke ich, soweit klar. Es gab da allerdings noch einige andere Argumente für die Oppositionstätigkeit. Ich möchte

nun hier die Gelegenheit ergreifen, einzelne dieser Argumente aufzugreifen und zu widerlegen.

Eines der ersten Argumente war, dass man in der Opposition in der besseren Position für Kritik sei, dass man eher in der Lage wäre, falsche Regierungstätigkeit anzuprangern und kritisch zur Diskussion zu bringen.

An dieser Stelle stellt sich mir die Frage, warum man als Regierung nicht in der Lage sein sollte, sich mit dem eigenen Tun kritisch auseinanderzusetzen. Mag sein, dass CDU und SPD das nicht können, ich glaube aber, die Linke kann und wird sich kritisch mit der eigenen Regierungstätigkeit auseinander setzen. Dies wird dann auch dazu beitragen, die Position der Opponenten zur Linken zu verschlechtern und ihnen `die Munition aus den Rohren nehmen´.

Ein anderes Argument, welches so auch im Artikel „Wie hältst du es mit Regierungsbeteiligung?“ in der Juli Ausgabe auf Seite 10 gefallen ist, ist, dass die Linke in der Regierung nur einen begrenzten Handlungsspielraum hätte.

Hier muss ich einfach mal die Frage stellen, ob sich der Handlungsspielraum für die Linke durch eine Regierungsbeteiligung verschlechtern würde. Ich glaube das ist nicht der Fall. Obgleich mit den Beispielen aus Brandenburg gezeigt werden sollte, dass es nicht vorteilig sein könnte, ist diese Darstellung doch sehr einseitig, da die Gegenüberstellung zum Zustand ohne Regierungsbeteiligung fehlt. Es mag sein, dass man an unschönen Entscheidungen beteiligt ist, die Frage lautet doch aber, wie sähen die Entscheidungen aus, wenn man nicht direkt mit beteiligt ist, sondern nur aus der Opposition heraus kritisiert. Doch diese Entscheidungen könnten noch schlechter ausfallen und nur weil man nun diese Entscheidungen mit tragen muss, bedeutet dies längst nicht, dass man nicht Kritik daran üben kann. Nur weil man nicht die größten Brötchen backen kann, ist dies kein Grund den Ofen aus zu lassen.

Es heißt, man soll nach dem Machbaren greifen, gleichzeitig wird aber auch gegen das Suchen nach Handlungsspielraum argumentiert. Für mich persönlich spricht vor allem eines für den Willen zur Regie-

rung: Vertrauensbildung.

Wir wissen, dass der Linken sowie der Politik im Allgemeinen häufig nicht vertraut wird. Mit einer Regierungsbeteiligung erhalten wir die Möglichkeit, den Menschen in Sachsen-Anhalt und in Deutschland zu zeigen, dass der Linken vertraut werden kann und wir dieses Vertrauen nicht enttäuschen werden. Das wir das Ruder nicht von heute auf morgen rum reißen können ist klar, aber wenn wir es nicht antasten passiert nur eines:

Der Kurs wird gehalten. Können wir das denn wollen?

Mathias Bothe

**Senioren-Cafe' am 26. August
im LiLa 14:30 Uhr**

„Kultur braucht Geld“ - Kultur (k)eine
freiwillige Leistung? Gesprächspartner:
Dr. Erwin Bartsch, Rudenz Schramm

**Vorschau: Senioren-Cafe'
am 30. September
im LiLa 14:30 Uhr**

Buchlesung Frau Christa Jakob:
“Brigitte Reimann - Ich bedaure nichts“

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger bieten öffentliche Telefonsprechstunden an. Bitte verbreitet die Termine und werbt bei Interessierten in- und außerhalb der Partei dafür.

Bernd 21.09.2015 – 14.00 bis 15.00 Uhr

Katja 26.10.2015 – 13.00 bis 14.00 Uhr

Bernd 09.11.2015 – 14.00 bis 15.00 Uhr

Katja 14.12.2015 – 13.00 bis 14.00 Uhr

Es wird um Voranmeldung gebeten unter 030/24009-530.

Vielen Dank!

Solidarische Grüße,

Monika von der Lippe

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Bereichsleiterin Bürgerdialog/Medien/Öffentlichkeitsarbeit

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

Monika.vonderlippe@die-linke.de

Tel.: 030- 24009-520

Fax: 030- 24009- 777

www.die-linke.de

Wenn Sie regelmäßig Informationen über die Arbeit der LINKEN bekommen möchten, können Sie sich unter <http://die-linke.de/nc/service/newsletter/> für unseren Newsletter anmelden.

Wenn Sie die Partei DIE LINKE finanziell unterstützen möchten, können Sie spenden unter <http://die-linke.de/spenden/> oder direkt an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, IBAN: DE38100900005000600000, BIC: BEVODEBB, Berliner Volksbank eG.

Vielen Dank.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat August Geburtstag haben.



Petra Pau

GOTTLOSE TYPE



Eulenspiegel Verlag

In nunmehr 16 Jahren Mitgliedschaft im Parlament hat Petra Pau viel erlebt, das sie hier in Anekdoten erzählt. Eher heitere, wenn sie auf dem Weg zu einem Fototermin beinahe im Gefängnis landet oder die verbannte Clara Zetkin in den Reichstag holt. Eher ernste, wenn sie das Inkrafttreten von „Hartz IV“ oder die Gefühle bei einem Besuch in der Kölner Keupstraße nach dem NSU-Desaster schildert. Hinzu kommen überraschende Geschichten, etwa über ihren Sieg beim großen Bibel-Test im ZDF oder über seltsame Freundschaften mit MdB der CSU und der FDP.

**Buchlesung mit der Autorin
Petra Pau (MdB)**

**im Stadthaus Halle,
Großer Saal
06108 Halle (Saale),
Marktplatz 2**

**am Donnerstag, dem 20.08.2015,
18 Uhr**



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SACHSEN-ANHALT**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

Vor 25 Jahren

Ein 60(!)-köpfiger Landesvorstand wird aus 80(!) Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die Delegierten kommen noch aus den Bezirken Halle und Magdeburg. Am 28. Juli 1990 tagt der erste Landesparteitag der PDS in Sachsen-Anhalt. Man trifft sich auf "neutralem" Boden in Dessau. Erster Landesvorsitzender sowie Spitzenkandidat für die Landtagswahl wird Roland Claus.

25
Jahre
DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

Am 28. Juli 1990 fand in Dessau der erste Landesparteitag der PDS in Sachsen-Anhalt statt. Das sind 25 Jahre demokratischer Widerspruch und Einsatz für soziale Gerechtigkeit.



Allen Genossinnen und Genossen, Freunden und Mitstreitern, die unser erstes Sommerfest zu einem schönen Tag werden ließen, herzlichen Dank. Wir freuen uns schon auf nächstes Jahr.

